

ZUR VERWIRKLICHUNG DER ENERGIEWENDE

Von Christoph Rybka

Alles nicht so einfach und schnell gemacht

Das Energiewirtschaftliche Institut (ewi) und das Institut für Wirtschaftspolitik (iwp) hatten in ihrer gemeinsam veranstalteten Ringvorlesung die »Energie aus wirtschaftspolitischer Perspektive« zum Thema gewählt. Die »Theorie« der Energiewende und die Praxis der konkreten Umsetzung waren Gegenstand der wöchentlichen Vorträge im Wintersemester. Dabei wurde sehr deutlich, dass die Ersetzung der fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien eines erheblichen Aufwands bedarf. Ein Aspekt ist dabei die Versorgungssicherheit.

Versorgungssicherheit

Trotz des vor Jahren noch nicht für möglich gehaltenen, erfreulichen Zuwachses an Kapazitäten bei den erneuerbaren Energien sind weitere erhebliche Investitionen vonnöten, um eine kontinuierliche Versorgungssicherheit garantieren zu können. Nicht nur, dass die Stromerzeugung meist nicht an der Stelle des Verbrauchs geschieht, auch die Volatilität der Erzeugung bedingt weitsichtige Planung.

Wenn der Wind nicht geht und die Sonne nicht scheint, muss trotzdem Spannung vorhanden sein, wenn man nicht im Fahrstuhl übernachten will. In verschiedenen Vorträgen wurde klar, dass für die Ausfallzeiten der Erneuerbaren auch zukünftig Reservekraftwerke vorgehalten werden müssen. Die Frage ist dann, an welchen Standorten und wie viele? Auch ist zu klären, mit welchem Kraftstoff sie betrieben werden sollen und wer unter welchen Voraussetzungen in den Neubau dieser Kraftwerke investiert. Wer baut ein Kraftwerk, das nach Möglichkeit nicht oder nur selten angeworfen wird? Ein gewinnorientiertes Unternehmen wird das nicht ohne Weiteres tun. Wenn eine Energiewende politisch gewollt ist, wird es also zu den staatlichen Aufgaben gehören für die Versorgungssicherheit zu sorgen, d.h. letztlich Kraftwerke zu subventionieren. Das ist ein großes Thema, das viel Geld und Ideen beanspruchen wird und für dessen Bewältigung die Zeit sehr knapp zu werden scheint.

Digitalisierung tut Not

Auch dass die Digitalisierung einen großen Einfluss bei der zukünftigen Energieversorgung haben wird, wurde deutlich. Der Einbau von digitalen, smarten Stromzäh-

lern ist eine Voraussetzung für die optimale Steuerung des Stromverbrauchs. Die Steuerung der Stromnachfrage durch die Verbraucher wiederum ist notwendiger Bestandteil der Energiewende. Smarte Zähler und entsprechend ausgestaltete Tarife ermöglichen günstigere Strompreise zu Zeiten hoher Stromerzeugung und höhere Preise, wenn das Stromangebot knapp ist. Bekanntlich ist jedoch im Bereich der Digitalisierung noch ziemlicher Nachholbedarf in Deutschland.

Platzhirsche zusammenbringen

Schwierigkeiten verursacht auch die höchst dezentrale Struktur der Strom-Grundversorger und der regionalen Stromnetzbetreiber, die für die Leitungsnetze zuständig sind. Man glaubt es kaum, in Deutschland gibt es derzeit über 900 Grundversorger und über 850 Stromnetzbetreiber. Wir kennen z.B. in Köln die RheinEnergie. In Bergisch Gladbach ist es schon ein anderes Unternehmen. Jeder hat seine eigenen Verfahrensweisen und Software. Eine Harmonisierung ist nicht einfach.

Hinzu kommt noch ein weiteres Hindernis für einen Zusammenschluss, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass ein Energieversorger nicht selten den städtischen Etat in hohem Maße quersubventioniert. Da liegt es auf der Hand, dass es kaum Neigung gibt mit anderen Unternehmen zusammenzuarbeiten und den Gewinn zu teilen.

Transformation und Energiewende im Industrieland NRW

Den Schlusspunkt dieser Reihe stellte am 22.01.2024 ein Vortrag von Mona Neubaur, der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, dar. Dem iwp war es gelungen, die stellvertretende Ministerpräsidentin zu einem Vortrag »Transformation und Energiewende im Industrieland NRW« zu gewinnen.

Der Auftritt von Frau Neubaur stand allerdings unter einem schlechten Stern. Bei der Anreise nach Köln steckte sie im Stau und verspätete sich um fast eine halbe Stunde. Als sie dann im Hörsaal eintraf, wurde sie durch einen längeren Monolog von Klima-Aktivisten daran gehindert, ihren Vortrag zu beginnen. Ein Banner wurde ausgerollt und ein Text vorgelesen. Ein Vorwurf lautete u.a., Frau Neubaur habe Lützerath zerstört. Prof. Steffen Roth, der Institutsdirektor und Moderator



Ministerin Mona Neubaur beim Vortrag

des Abends, verzichtete darauf, die Demonstrantinnen und Demonstranten durch den anwesenden Sicherheitsdienst des Saals zu verweisen. Er hatte jedoch zugleich Mühe, die Aktivisten zum zügigen Vortrag ihrer Anliegen und zur anschließenden Beendigung der Störung zu bewegen. Roth zeigte sich später enttäuscht darüber, dass sich ein relativ kleiner Teil des Publikums offenbar gezwungen aber auch berechtigt fühlte, die Diskussion im Hörsaal zu stören, statt sich an der Diskussion zu beteiligen. Immerhin hinderten die knapp 10 Menschen mit ihren lautstarken Aktivitäten die etwa 200 anderen Anwesenden daran, die Klimapolitik ihres Landes mit der zuständigen Ministerin zu diskutieren.

Der anschließend nur noch verkürzt präsentierte Vortrag von Mona Neubaur machte deutlich, dass die konkrete und verantwortliche Umsetzung der Klimawende in politisches Handeln nicht so einfach zu bewerkstelligen ist. Neben der Rücksichtnahme auf berechnete Interessen und Verhandlungen mit Unternehmen sei die Gewährleistung von Versorgungssicherheit und die Koordination mit der bundes- und europapolitischen Ebene ein zeitraubendes Thema. Vieles, so die Erkenntnis der Ministerin, hätte sie sich schneller in der Umsetzung gewünscht.



Die Protestplakate, Fotos © Franz Bauske

